

Aktuelle Frage der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Ausschuss I, 06. Februar 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Indexierung der Gehälter

Frage von Lydia Klinkenberg:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Kürzlich berichteten mehrere Zeitungen, dass die Inflationsrate in unserem Land deutlich angestiegen sei.

Demnach werde für den öffentlichen Dienst erneut mit einer vorgezogenen Indexierung der Gehälter gerechnet, nachdem die Gehälter in öffentlichen Verwaltungen und im Unterrichtswesen zuletzt im Mai 2016 um 2 % angehoben worden sind. Hinzu kam für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der DG eine weitere Erhöhung der Baremen um 1%, die Sie, Herr Ministerpräsident, mit den Gewerkschaften vereinbart hatten und die wir im Parlament beschlossen hatten.

Den jüngsten Prognosen des föderalen Planbüros zufolge werden die Gehälter im öffentlichen Dienst und im Unterrichtswesen im Juli 2017 erneut um 2 % angehoben. Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass diese Indexierung der Gehälter erst im Oktober 2017 erfolgen würde.

Herr Ministerpräsident, können Sie diese Information bestätigen und welche Auswirkungen hat das auf den Haushalt der DG?

Lydia Klinkenberg
ProDG-Fraktion

Antwort von Ministerpräsident Oliver Paasch:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

bei der Vorbereitung des Ursprungshaushaltes 2017 hatte die Regierung folgende Erhöhungen für den Bereich der Gehaltskosten vorgesehen:

- die mit den Gewerkschaften für Januar 2017 vereinbarte Erhöhung der Baremen um 1% für das Unterrichtswesen und für den von der DG abhängigen öffentlichen Dienst;
- eine Erhöhung der Gehälter um 2% ab Oktober 2017 auf der Grundlage des für August 2017 prognostizierten Indexsprungs.
- die durch Dienstalter und Beförderungen bedingten Gehaltserhöhungen.

Sie haben Recht, Frau Kollegin Klinkenberg, das föderale Planbüro hat seine Inflationsprognosen für unser Land kürzlich korrigiert. Man geht mittlerweile für das Jahr 2017 von einer Inflation in Höhe von 2,2 % aus. Das ist ein erheblicher Anstieg. Ursprünglich war man von 1,6% ausgegangen. Der ursprünglich für August 2017 vorgesehene Indexsprung soll nun schon im Mai 2017 erfolgen.

Das würde bedeuten, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst nicht im Oktober 2017 sondern schon im Juli 2017 um 2% erhöht werden. Sollten sich diese Prognosen bestätigen, müssten wir alleine bei den Gehältern im Jahre 2017 mit Mehrkosten in Höhe von 665.000 EUR und ab 2018 sogar mit rekurrenten Mehrkosten in Höhe von 1.138.000 EUR rechnen.

Diese Mehrkosten betreffen zu 80 % die Gehälter im Unterrichtswesen. Darüber hinaus müssten Anpassungen im Seniorenbereich und beim Kindergeld vorgenommen werden.

Die entsprechenden Beträge muss der Föderalstaat uns mitteilen, was bislang nicht geschehen ist. Da wir unsere Einnahmen aber sehr immer sehr vorsichtig einschätzen, dürfen wir bei einer Inflationsrate von 2,2% gleichzeitig auch mit bedeutenden Mehreinnahmen rechnen. Und zwar in Höhe von rekurrent 1.463.000 EUR.

Wohlbemerkt, bei diesen "Prognosen" des Planbüros handelt es sich immer noch um "Prognosen"; nicht um definitive Werte. In 2 Wochen werden wir aktualisierte Angaben erhalten. Der Trend ist aber jetzt schon offenkundig: Die Inflation steigt deutlich an; die Indexierung der Gehälter wird früher erfolgen als ursprünglich vorgesehen. Aber wir werden, dank unserer vorsichtigen Finanzplanung, auf jeden Fall in der Lage sein, diese Mehrkosten aufzufangen. Wir halten an unserem Ziel fest, den Haushalt der DG ab dem kommenden Jahr dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen, was bekanntlich seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahre 2008 nicht mehr gelungen ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oliver Paasch
Ministerpräsident